



HEDI WECHNER  
BÜRGERMEISTERIN DER STADT WÖRGL

An die  
Österreichische Bundesregierung  
Herrn Bundeskanzler Sebastian Kurz  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

Wörgl, am 22.12.2020

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Bilder und Berichte, die uns aus Lesbos in Griechenland erreichen, sind in hohem Maße verstörend und befremdlich und machen eine Politik des menschlichen Versagens deutlich. Es ist unverständlich und beschämend, dass solcherlei Zustände auf europäischem Boden überhaupt möglich sind und die Regierungen der europäischen Wertegemeinschaft tatenlos zusehen, wie hilfessuchende Frauen, Männer und vor allem Kinder unter erbärmlichen Umständen, mit unzureichender Versorgung und Sicherheit untergebracht werden.

Dass die österreichische Bundesregierung bis vor wenigen Tagen überhaupt keine Maßnahmen ergriffen hat, um dem Leiden der Menschen entgegenzuwirken, oder sich auf bilateraler Ebene deutlicher gegenüber der Europäischen Union der dem Staate Griechenland eingebracht hat, erstaunt mich als Bürgermeisterin der Stadt Wörgl sehr. In Lesbos und wahrscheinlich auch in anderen Hilfslagern herrscht eine Situation, die als Katastrophenlage zu bezeichnen ist. Dass die von der österreichischen Regierung ausgerufene und wohlgermerkt äußerst mangelhafte „Hilfe vor Ort“ zu wenig ist, ist offenkundig.

Als wohlhabender Staat, der tief in einer humanitären, christlich-sozialen Wertvorstellung verwurzelt ist, erachte ich es als unsere menschliche Pflicht, den ärmsten Menschen und diesen Kindern die Möglichkeit zu bieten, trockene Betten und Schutz zu gewähren. Wenn weiteres Wegschauen Haltung und Politik dieser Regierung bleibt, wäre es nur folgerichtig, zukünftig von Österarm statt Österreich zu sprechen.

Ich ersuche Sie und die österreichische Bundesregierung im Namen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wörgl für Verhältnisse einzutreten, die das Leid und die Not dieser Menschen lindern.

Hedi Wechner  
Bürgermeisterin der Stadt Wörgl